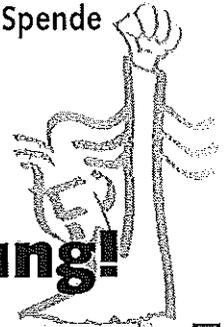


Preis: 2,50 DM + Spende

Gegen Sozialabbau, Privatisierungen & Arbeitsplatzvernichtung!



Programm der SAV zu den Wahlen in Berlin 2001

Deine Stimme für die SAV!

www.sav-online.de

SAV

*Sozialistische
Alternative*

Inhalt:

1. **Warum die SAV kandidiert**
 - 1.1. Für eine Kandidatur gegen Sozialkürzungen, Stellenabbau & Privatisierungen
 - 1.2. Ist die PDS eine linke Alternative?
 - 1.3. Eine neue Arbeiterpartei aufbauen
 - 1.4. Die Sozialistische Alternative - SAV
 - 1.5. Die offene Liste der DL
- Demokratische Linke
 - 1.6. Für einen berlinweiten Streik- und Protesttag gegen Sozialkürzungen
2. **Warum die Kassen leer sind**
3. **Wofür die SAV eintritt**
 - 3.1. Berliner Korruptionssumpf trocken legen
 - 3.2. Arbeit für alle
 - 3.3. Stoppt den Ausverkauf öffentlichen Eigentums
 - 3.4. Erhalt aller Krankenhäuser
 - 3.5. Preiswerter Wohnraum für alle
 - 3.6. Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr
 - 3.7. Schluss mit der Diskriminierung von Frauen
 - 3.8. Nein zu Elitebildung
 - 3.9. Keinen Fußbreit den Faschisten
 - 3.10. Der Prenzlauer Berg darf kein Bonzenviertel werden
4. **Der sozialistische Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse**
 - 4.1. Widerstand gegen die Diktatur der Banken und Konzerne
 - 4.2. Die Marktwirtschaft hat abgewirtschaftet
 - 4.3. "Sozialismus ist Notwendigkeit geworden" (Rosa Luxemburg)

Die SAV kandidiert bei den Wahlen am 21. Oktober im Bezirk Pankow (Prenzlauer Berg/ Weißensee/Pankow) für die Bezirksverordnetenversammlung.

Bei den Abgeordnetenhaus-Wahlen rufen wir zur Wahl der DL – Demokratische Linke/ offene Liste auf. Die DL wurde 1999 von ehemaligen Mitgliedern von PDS, SPD und Grünen gegründet. Auf der Grundlage einer Plattform, die sich eindeutig gegen Sozialkürzungen und Privatisierungen ausspricht, kandidiert die SAV gemeinsam mit anderen AktivistInnen auf der offenen Liste der DL. Außerdem treten im Prenzlauer Berg SAV-Mitglieder als Direktkandidatinnen der DL/ offene Liste zum Abgeordnetenhaus an.

In unserem Kommunalwahlprogramm wollen wir darstellen, was die SAV von anderen Parteien unterscheidet und für welche Forderungen und Ziele wir im Wahlkampf eintreten. Darüber hinaus wollen wir einen Weg aufzeigen, wie diese Ziele verwirklicht werden können.

Mit diesem Programm wollen wir alle auffordern, selber aktiv zu werden und es nicht länger hinzunehmen, dass abgehobene Politiker über die Köpfe der breiten Masse hinweg im Interesse des großen Kapitals schalten und walten, wie es ihnen gefällt.

Wählen allein reicht nicht. Wir rufen alle auf, beim Aufbau einer Partei mitzuhelfen, die sich kompromisslos für die Interessen von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen einsetzt und für eine Gesellschaft frei von Armut, Ausbeutung, Kriegen und Umweltzerstörung kämpft – für eine sozialistische Gesellschaft.

Wir rufen jede und jeden auf, Mitglied der SAV zu werden.

1. Warum die SAV kandidiert

1.1. Für eine Kandidatur gegen Sozialkürzungen, Stellenstreichungen und Privatisierungen

In diesem Wahlkampf haben alle etablierten Parteien eines gemeinsam: Alle stimmen sie das Lied vom Sparen an. Aber das, was CDU und SPD in ihrer Großen Koalition in Berlin in den letzten zehn Jahren betrieben haben, war keine Sparpolitik, sondern eine Umverteilungspolitik - eine Umverteilungspolitik von unten nach oben.

Alles, was nicht niet- und nagelfest war, wurde zur Privatisierung freigegeben. Überall wurde der Rotstift angesetzt: Ob bei der Bildung oder im Gesundheitswesen, im Nahverkehr oder beim Umweltschutz.

Das Ergebnis: Die neue Bundeshauptstadt Berlin ist heute Hauptstadt der Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen. 15 Prozent der Erwerbstätigen sind offiziell erwerbslos. Die Sozialhilfequote ist fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Während der Berliner Senat die Ausgaben für Sozialhilfe von 1995 bis 1999 um zehn Prozent gedrosselt hat, stieg die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen im gleichen Zeitraum um 30 Prozent an.

ArbeiterInnen, Arbeitslose, Jugendliche, sozial Benachteiligte und RentnerInnen sollen den Gürtel enger schnallen. Dabei sind immer mehr von ihnen längst am letzten Gürtelloch angekommen.

Während Unternehmer Arbeitsbedingungen verschlechtern und Stellen streichen, wird an anderer Stelle jede Menge Geld auf den Kopf gehauen. In Berlin-Mitte wurden seit der Wiedervereinigung für 150 Milliarden Mark Luxushotels, Botschaften, Banken und Bürokomplexe aus dem Boden gestampft.

Konzerne, die Umsätze in Milliardenhöhe machen, werden kaum zur Kasse gebeten. Im Gegenteil: Daimler-Chrysler musste für sei-

nen Bau auf dem Potsdamer Platz nur den zehnten Teil eines vergleichbaren Grundstückspreises zahlen. Universal Music wurde für den Umzug von Hamburg nach Berlin sogar die Summe von 35 Millionen Mark geschenkt. Geschenke gibt es für die Banken und Konzerne auch im Bereich der Steuerpolitik. Die Gewerbesteuer belastet die Großkonzerne kaum.

CDU und SPD haben nicht nur auf Einnahmen verzichtet, sondern auch jede Menge Geld für verschwenderische Großprojekte verprasst: Von der Olympiabewerbung bis zum Tiergartentunnel, von der Spreeverlegung bis zum Großflughafen Schönefeld. Der jüngste Bankenskandal der Stadt ist auch weniger ein Beispiel für Missmanagement, als für Immobilienspekulationen im großen Stil und für die in Berlin systematisch betriebene Vetternwirtschaft unter der Großen Koalition.

Während die 15.000 Beschäftigten der Bankgesellschaft inzwischen um ihre Arbeitsplätze bangen müssen, verließen sich Landowsky, damaliger CDU-Fraktionsvorsitzender und Chef der Berliner Hyp, und seine Mitvorstände ihren vorzeitigen Ruhestand mit astronomisch hohen Übergangszahlungen und Altersrenten (700.000 Mark beziehungsweise 350.000 Mark).

Ob vier Milliarden, sechs Milliarden oder noch mehr - für die Verluste soll das Land und damit die breite Masse aufkommen. Die Parion Versicherungsgruppe und der zum großen Teil private Anteilseigner Norddeutsche Landesbank, die zusammen mit 27,5 Prozent an der Bankgesellschaft beteiligt sind, hielten sich vornehm zurück, als der Skandal aufzog. Ganz nach der Devise: "Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren."

Alle diese Beispiele machen deutlich, dass CDU, SPD, FDP oder Grüne den arbeiten-

den Menschen einen Bären aufbinden wollen, wenn sie im Wahlkampf Sparzwängen das Wort reden. Es geht nicht um Sparpolitik, es geht um Interessenpolitik.

Die Reichen und Superreichen haben nicht nur andere Interessen als ArbeiterInnen und Arbeitslose, sie haben entgegengesetzte Interessen. Diese entgegengesetzten Interessen sind entgegengesetzte Klasseninteressen. Eine kleine Minderheit von Unternehmern, Managern und Aufsichtsratsmitgliedern bestimmt über die Banken, Versicherungen und Großkonzerne. Ihre Interessen sind grundlegend verschieden von den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung, der Klasse der Lohnabhängigen, der Arbeiterklasse.

CDU, SPD, FDP und Grüne haben sich entschieden: Sie vertreten die Interessen der Kapitalisten.

Die arbeitende Bevölkerung braucht bei den Berliner Wahlen eine eigene politische Interessenvertretung. ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche brauchen keine privilegierten Politiker, sondern KandidatInnen, die bereit sind, sich mit dem Kapital anzulegen und konsequent für die Interessen der Arbeiterklasse einzutreten.

Berlin ist Spitze – beim sozialen Kahlschlag

In den Jahren 1996 bis 2000 wurden die Ausgaben des Landes Berlin um fast 6 Prozent gesenkt. In den anderen Ländern sind sie im gleichen Zeitraum um 8 Prozent angestiegen. Die Ausgabenenkungen betrafen vor allem den sozialen Bereich.

Bei Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen, Drogenhilfe oder öffentlichem Verkehrswesen soll die Kürzungsschraube noch einmal kräftig angezogen werden.

Derzeit in der Diskussion ist seitens der Berliner Bäderbetriebe (BBB) auch die Schließung von zwölf Hallenbädern und sechs Frei- und Sommerbädern.

1.2. Ist die PDS eine linke Alternative?

Die PDS zählt Zehntausende von Mitgliedern, die in den letzten Jahren selber Opfer von Kürzungen im sozialen Bereich waren. Viele von ihnen sind bereit, sich entschlossen dagegen zur Wehr zu setzen.

Leider hat die Führung der PDS in den letzten Jahren nirgendwo ihre Basis genutzt, um Mitglieder und UnterstützerInnen konsequent gegen Sozialkürzungen, Betriebsschließungen oder Neonazis zu mobilisieren.. Die PDS hätte zum Beispiel gemeinsam mit Jugendlichen, Eltern und ErzieherInnen aktiv gegen Kürzungen im Jugend- und Bildungsbereich kämpfen können. Stattdessen hatte auch die PDS im Prenzlauer Berg dem Haushalt für 1997 zugestimmt, der die Halbierung des Etats für freie Träger der Kinder- und Jugendarbeit beinhaltete. 1999 musste die SAV gemeinsam mit der Schülervertretung der Pasteur-Schule, Beschäftigten, Jugendlichen und anderen im Wahlkampf Proteste gegen neue Kürzungsvorhaben des PDS-Jugendstadtrates Kleinert im Prenzlauer Berg organisieren. Zusammen mit Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) stellten SAV-Mitglieder damals vor den Wahlen einen Schülerstreik auf die Beine.

Fast überall, wo die PDS Regierungsverantwortung übernimmt, tritt sie in die Fußstapfen der etablierten Politiker und Parteien. In Sachsen-Anhalt hat die PDS die Minderheitsregierung von SPD und Grünen toleriert und dabei Sparmaßnahmen im Bildungswesen zugestimmt. In Mecklenburg-Vorpommern ist sie mit der SPD eine Regierungskoalition eingegangen und betreibt Arbeitsplatzabbau und den Ausverkauf kommunalen Eigentums (Eurawasser, Hafengesellschaft etc.).

In Berlin strebt die PDS-Spitze nach den Wahlen am 19. Oktober eine Regierungs-

beteiligung an - mit der Sozialdemokratie. Mit ihrem Wahlprogramm hängen sich Gysi, Pau und Co. an die Rockzipfel der bürgerlichen Politiker und biedern sich bei den Unternehmern an. Originalzitat:

„Wir sagen deutlich: Schmerzhaftes Einschnitte werden unvermeidlich sein, vieles wird sich ändern.“

(PDS-Wahlprogramm)

Stellenstreichungen sind für die PDS-Spitzenpolitiker kein Tabu mehr. Bei der Pressekonferenz zur Bekanntgabe seiner Kandidatur unterstützte Gysi sogar den Ausverkauf von öffentlichem Eigentum; am gleichen Tag forderte er die Privatisierung der Bankgesellschaft Berlin.

Generell will Gysi „Privatisierungen nicht ausschließen“. Auch betriebsbedingte Kündigungen hält Gysi für denkbar. PDS-Vorsitzender der Abgeordnetenhaus-Fraktion, Harald Wolf, will in Berlin weitere 30.000 Stellen abbauen. So seien etwa im Baubereich „Tausende von Stellen überflüssig“, auch könne man einen Teil der Zulagen kürzen. (Handelsblatt vom 19. Juni 2001)

Die Leute, die bei der PDS den Ton angeben, haben offensichtlich ihren Frieden mit dem Kapitalismus geschlossen. Jetzt wollen sie um jeden Preis Regierungsposten. Da ist es nur logisch, dass sie sich auch auf die Logik des Marktes einlassen - mit allen Konsequenzen:

„Statt Luftschlösser zu bauen, müssen wir harte Einschnitte mittragen. Die PDS wäre in einem rot-roten Senat dafür zuständig, dass die Menschen - selbst wenn sie unter Sparmaßnahmen leiden - das Gefühl haben: Zumindest geht's dabei gerecht zu“

(Gysi im Tagesspiegel vom 17. Juni 2001).

Was signalisiert Gysi damit? Er signalisiert gegenüber dem bürgerlichen Establishment,

dass es in deren Interesse wäre, wenn die PDS Regierungspartei würde - weil die PDS weitere Sozialkürzungen am Besten verkaufen könnte, und mit ihrem Einfluss am ehesten in der Lage wäre, Proteste zu unterbinden...

Wenn ein Frank Steffel als CDU-Spitzenkandidat eine hysterische Hetzkampagne gegen die PDS vom Zaun bricht, dann gilt es natürlich dagegen zu halten und die Verlogenheit der CDU zu entlarven. Solche Kampagnen sind nur ein Vorwand dafür, von den Folgen der Wiedereinführung kapitalistischer Verhältnisse in Ostdeutschland abzulenken und darüber hinaus generell sozialistische Ideen zu diskreditieren.

Doch die „roten Socken“ sind nicht farbecht! Die meisten PDS-Funktionäre in den Parlamenten und Parteivorständen akzeptieren die Folgen der Marktwirtschaft, weil sie die Marktwirtschaft akzeptieren. Ihr Bekenntnis zum Sozialismus ist nicht mehr als ein Lippenbekenntnis.

Demgegenüber ist die SAV der Ansicht, dass der Kampf gegen Unternehmerinteressen mit dem Kampf für eine grundlegend andere, für eine sozialistische Gesellschaft verbunden werden muss. Damit meinen wir nicht die DDR. In der DDR und im Ostblock gab es keinen Tag Sozialismus. Dort herrschte eine abgehobene und privilegierte Bürokratie. Die arbeitende Bevölkerung hatte in Wirtschaft und Gesellschaft nichts zu melden. Die Planwirtschaft wurde bürokratisch, nicht demokratisch organisiert.

1.3. Eine neue Arbeiterpartei aufbauen

Alle etablierten Parteien behaupten im Wahlkampf, wenn wir heute sparen, dann können wir morgen Arbeitslosigkeit und Armut überwinden. Aber diese Versprechen sind nicht neu. Schon im Juni 1991 wollte Eberhard

Diegen weitere Einsparungen zu Lasten der arbeitenden Menschen damit rechtfertigen: "Unser Ziel ist es, in möglichst kurzer Frist ein Höchstmaß an finanzieller Selbstständigkeit zu erreichen." Zehn Jahre später haben sich die Schulden des Landes Berlin von ungefähr 20 auf 78 Milliarden Mark beinahe vervierfacht, während Armut und Arbeitslosigkeit im gleichen Zeitraum ebenfalls dramatisch zunahmen.

Nicht nur in Berlin, auch anderswo nehmen nach jeder Wahl Armut und Arbeitslosigkeit nicht ab, sondern weiter zu. Egal, ob im Bund, im Land oder in der Kommune. Egal, ob unter Regierungen von CDU, FDP, SPD, Grünen oder mittlerweile leider auch der PDS.

Eine andere Regierung bedeutet noch keine andere Politik. Es ist zu befürchten, dass SPD und Grüne - mit oder ohne PDS - nach dem 21. Oktober da weiter machen, wo die Große Koalition von SPD und CDU aufgehört hat.

Die SPD verkündet bereits im Wahlkampf, eine Milliarde für Personalausgaben zusammenzustreichen. "Wenn wir eine Milliarde sparen wollen, dann sind das umgerechnet 15.000 Stellen" rechnet ihr Spitzenkandidat Wovereit im Tagesspiegel vom 30. Juli 2001. Die Grünen sind längst zu einer "Öko-FDP" mutiert, allerdings mittlerweile so gut wie ohne "Öko", dafür um so mehr "FDP". Sie wollen sogar 17.500 Stellen streichen. Allein bei den Berliner Verkehrsbetrieben planen sie 1.000 Stellenstreichungen bis 2007.

Die PDS-Führung kommt es nicht in den Sinn, gegen die Pläne Widerstand zu organisieren, sondern zielt auf eine Regierungsbeteiligung mit Rot-Grün ab und tut sich sogar (wie oben ausgeführt) mit eigenen Kürzungsvorschlägen hervor.

Wenn wir uns auf die etablierten Parteien verlassen, dann sind wir verlassen. Wir können nur auf unsere eigene Kraft vertrauen.

ArbeiterInnen, Arbeitslose, Azubis, SchülerInnen, Studierende oder RentnerInnen brauchen eine eigene, eine neue politische Interessenvertretung. Nötig ist der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei in Ost- und Westdeutschland.

Nachdem die vorzeitigen Neuwahlen angekündigt wurden, hatte die SAV in Berlin die Idee vertreten, dass alle vom Sozialabbau Betroffenen, GewerkschafterInnen und linke AktivistInnen in den Stadtteilen, in den Bezirken und auf berlinweiter Ebene zusammenkommen sollten, um bereits im Wahlkampf Proteste gegen weitere Kürzungsvorhaben zu organisieren und für die Wahlen eine gemeinsame Liste aufzustellen.

Eine solche Liste könnte ein erster Schritt sein in Richtung einer neuen Massenpartei von ArbeiterInnen, Arbeitslosen, Jugendlichen und sozial Benachteiligten. Heute hat die Arbeiterklasse keine Massenpartei, die ihre politische Vertretung darstellt, weder in Berlin noch anderswo.

Da in diesem Wahlkampf leider keine Liste aller vom Sozialabbau Betroffenen zustande gekommen ist, kandidiert die SAV im Bezirk Pankow eigenständig für die dortige Bezirksverordnetenversammlung. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus beteiligt sich die SAV gemeinsam mit anderen an der DL (Demokratische Linke/offene Liste).

Unsere KandidatInnen lehnen jegliche Privilegien ab und verpflichten sich, nicht mehr zu verdienen als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn.

Wofür der SPD-Spitzenkandidat Wowereit steht

SPD-Spitzenkandidat Klaus Wowereit will weitere 15.000 Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst abbauen.

Wowereit, der sich als der neue Mann der SPD präsentiert, der die Stadt retten will, ist für viele Kolleginnen und Kollegen ein alter Bekannter. Schließlich arbeitete Wowereit bereits 1996 mit der damaligen SPD-Finanzsenatorin Fugmann-Heesing zusammen, und zeichnete sich seinerzeit mitverantwortlich für das bis dahin größte Kürzungspaket.

1.4. Die Sozialistische Alternative - SAV

Die Sozialistische Alternative – SAV wurde 1994 um die sozialistische Zeitung VORAN gegründet. Die SAV will nicht tatenlos zusehen, wie die Reichen und Superreichen in den Chefetagen oder in den Parlamenten unsere Zukunft verbauen. Die SAV organisiert Gegenwehr gegen Sozialabbau, Umwelterstörung und Nazi-Aktivitäten. SAV-Mitglieder sind aktiv in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen, Hochschulen und Stadtteilen.

Wir sind der Meinung, dass man den Kampf gegen Sozialkürzungen und Entlassungen mit dem Kampf für eine grundlegend andere, sozialistische Gesellschaft verbinden muss. Unserer Meinung nach muss das Übel an der Wurzel gepackt werden. Die Wurzel sind die kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse selbst. Die Alternative ist eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Eine Gesellschaft, in der die Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt sind, die Wirtschaft

demokratisch geplant wird und in der die Bedürfnisse der großen Mehrheit ausschlaggebend sind, nicht länger die Profite einer kleinen Minderheit. Sozialismus braucht Demokratie wie der Körper Sauerstoff. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in der DDR oder im Ostblock, noch die Diktatur der Banken und Großkonzerne.

Der Kapitalismus ist international, der Kampf dagegen auch. Darum hat die SAV sich mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus mehr als 30 Ländern im CWI (Komitee für eine Arbeiterinternationale) zusammengeschlossen, um den Kampf über Ländergrenzen hinweg organisieren zu können.

Die SAV und das CWI sind demokratisch aufgebaut. Wir setzen uns in der Arbeiterbewegung dafür ein, dass gewählte VertreterInnen nicht mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Lohn der abhängig Beschäftigten. Dieses Prinzip setzen wir bei uns selber um.

CDU und SPD steht in diesem Wahlkampf ein Etat von jeweils ungefähr zwei Millionen Mark zur Verfügung. Die SAV erhält keine Spenden aus den Geldtöpfen der Millionäre und Milliardäre. Die SAV finanziert sich ausschließlich durch Spenden von ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen.

Die SAV engagiert sich aktiv bei den weltweiten antikapitalistischen Protesten. SAV-Mitglieder haben sich an den Demonstrationen in Prag, Göteborg, Genua und in anderen Städten beteiligt und zu den Protesten mobilisiert. Die SAV unterstützt auch den Aufbau der antikapitalistischen Jugendorganisation Widerstand International (WI), die zu den Demos gegen die Institutionen des Kapitals mobilisiert und sich mit vielfältigen Aktionen vor Ort engagiert.

Der nächste Höhepunkt wird die Großdemonstration gegen den EU-Gipfel in Brüssel am 14. Dezember sein. SAV und WI haben bereits mit der Mobilisierung begonnen.

In Berlin und bundesweit tritt die SAV für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein. SAV-Mitglieder beteiligen sich am Aufbau innergewerkschaftlicher Opposition wie dem Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di und der Vernetzung der Gewerkschaftslinken.

In Berlin hat die SAV in den letzten Jahren unter anderem Solidaritätskomitees gegen drohende Betriebsschließungen bei ABB und AEG/ TRO gegründet. Um gegen kommunale Kürzungen vorzugehen, hat die SAV auf Bezirksebene zu Stadtteilversammlungen und Demos aufgerufen.

Gegen den Krieg der NATO auf dem Balkan haben SAV-Mitglieder zusammen mit JRE 1999 einen Schülerstreik mit der Forderung nach einem sofortigen Ende der Kriegseinsätze durchgeführt.

Gegen die zunehmende Bedrohung durch Neonazis haben wir die Initiative zur Gründung von Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) ergriffen, und zum Beispiel Demos gegen die Kameradschaft Treptow oder gegen den Abschiebeknast Grünau mitorganisiert. Gemeinsam mit anderen in einem linken Bündnis haben wir am 7. Oktober 2000 10.000 Menschen gegen die NPD-Kundgebung in Kapitol mobilisieren können.

1.5. Die offene Liste der DL - Demokratische Linke

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus kandidiert die SAV nicht eigenständig. Bei den Abgeordnetenhaus-Wahlen be-

teiligen wir uns an der Kandidatur der offenen Liste der DL - Demokratische Linke. Elf SAV-Mitglieder stehen auf der Landesliste der DL - offene Liste. Drei SAV-Mitglieder sind für die DL - offene Liste Direktkandidatinnen im Prenzlauer Berg für das Abgeordnetenhaus. Die SAV ruft dazu auf, bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 21. Oktober das Kreuz bei der offenen Liste der DL zu machen.

Die Plattform der DL - offene Liste richtet sich eindeutig gegen Sozialkürzungen, Stellenabbau und Privatisierung und tritt dafür ein, für Verbesserungen der breiten Masse die Großunternehmen, die sich in privaten Händen befinden, zur Kasse zu bitten.

Die Demokratische Linke ist ein Zusammenschluss von ehemaligen linken PDS-, SPD- und Grünen-Mitgliedern und AktivistInnen. Gründe für ihre Austritte waren die „kapitalfreundliche Politik“ der PDS, der „neoliberale Kurs der SPD“ und die „Realität, dass die etablierten Parteien - inzwischen einschließlich der Grünen - fast ungebremst in den Krieg schlittern, während sie offensichtlich unfähig sind, hier und anderswo in der Welt gegen schreiende Ungerechtigkeit und unhaltbare soziale Zustände - mit friedlichen Mitteln - anzukämpfen“ (aus dem Flugblatt „Die Demokratische Linke - Wer wir sind und was wir wollen“ von 1999).

Hervorgegangen ist die DL aus der in der ~~NVV Friedrichshagen gebildeten~~ Fraktion Demokratische Linke Liste. Ausgangspunkt waren Austritte aus der PDS-Fraktion auf Grund von „undemokratischen Strukturen, mangelnder Transparenz und schwerwiegender Differenzen über die von der PDS verantwortete Baupolitik im Bezirk.“

Während für die PDS Sozialkürzungen, Stellenstreichungen und der Ausverkauf des

öffentlichen Dienstes kein Tabu mehr sind, stellt die DL – offene Liste im Wahlkampf zum Abgeordnetenhaus unter anderem folgende Forderungen auf: "Öffentliches Investitionsprogramm in Bus und Bahn, Bildung und Ausbildung, Wohnen, Kinderbetreuung, Gesundheitswesen, Freizeit- und Sporteinrichtungen", "Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr", "Kostenlose Bildung und Ausbildung für alle", "Existenzgeld für alle (1.500 Mark + Warmmiete)".

Um mit der Umverteilung von unten nach oben Schluss zu machen und die angestrebten Reformen finanzieren zu können, fordert die DL – offene Liste: "Konsequente Eintreibung und massive Erhöhung der Gewerbesteuer für Großkonzerne und Banken", "die Reichen und Superreichen müssen zur Kasse gebeten werden (stark progressive Besteuerung der Einkommen, Erhöhung der Körperschaftssteuer etc.)", "Einführung einer Tobin-Steuer (Besteuerung der grenzüberschreitenden Devisengeschäfte)", "Stopp aller Prestigeprojekte" und "Erhöhung der Bundeszuschüsse, finanziert aus den Gewinnen der Konzerne".

Die Sozialistische Alternative (SAV) beteiligt sich an der Kandidatur der DL – offene Liste, weil die SAV für die Einheit der Linken eintritt.

Bei der DL treten die SAV-Mitglieder für eine Orientierung auf betriebliche und soziale Proteste ein. Wir sind der Ansicht, dass die Zukunft der DL und dieses Wahlbündnisses entscheidend davon abhängig sein wird, in wie weit es ihr gelingt, linke AktivistInnen in Betrieben und Gewerkschaften anzusprechen und für gemeinsame Gegenwehr zu gewinnen.

Außerdem argumentiert die SAV bei der DL und dem Wahlbündnis dafür, dass vor der Überführung der Großkonzerne, Banken und

Versicherungen unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung nicht halt gemacht werden darf, wenn Unternehmer auf Steuererhöhungen mit Investitionsstreik oder Produktionsverlagerungen reagieren.

Die SAV macht sich bei der DL dafür stark, die Reformforderungen mit einem sozialistischen Programm zu verknüpfen. Denn so wichtig der Kampf um Reformen ist, so offensichtlich ist es auch, dass im Zuge der tiefen Krise des kapitalistischen Systems heute auf Dauer keine Reform abgesichert werden kann.

1.6. Für einen berlinweiten Streik- und Protesttag gegen Sozialkürzungen

Wir dürfen uns nicht auf eine Diskussion einlassen, wo denn am Besten auf Kosten der breiten Masse "gespart" werden kann, ob bei Gesundheit und Soziales oder bei Bildung und Kultur, ob bei jungen oder alten Menschen, ob bei Beamten, Angestellten, ArbeiterInnen oder Arbeitslosen. Diese Diskussion können wir uns "sparen".

Eberhard Diepgen erklärte, "eine neue Qualität des Sparens" sei notwendig. Dem entgegen wir: Eine neue Qualität der Gegenwehr ist nötig! Der großen Kürzungs-Koalition müssen wir eine breite Koalition des Widerstands entgegensetzen. Schon in den letzten Monaten hat es verschiedentlich Widerstand gegeben: AnwohnerInnen haben gegen den Bau des Großflughafens Schönefeld protestiert, Beschäftigte des Krankenhauses Moabit setzen sich seit Monaten und Jahren gegen die drohende Schließung der Klinik zur Wehr, SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern haben ihren Unmut gegen Bildungsabbau bekundet, im Juli demonstrierten Eltern und GEW gegen Stellenstreichungen bei den Kitas. Sie alle haben

begonnen, ihre Wut in Widerstand zu verwandeln und auf die Straße zu tragen. Jetzt gilt es, den Widerstand in allen Bereichen gegen die angekündigten und zu erwartenden Kürzungen zusammenzubringen, zu bündeln und weiter aufzubauen.

Wir schlagen vor, Versammlungen und Konferenzen in den Stadtteilen, in den Bezirken und auf berlinweiter Ebene zu organisieren, in der alle von Sozialkürzungen Betroffenen zusammen kommen sollten. Dort sollte diskutiert werden, wie der Widerstand gegen die Rotstiftpolitik erfolgreich organisiert werden kann. Wir sollten damit nicht warten, bis der nächste Kürzungssenat im Amt ist.

Eine berlinweiter Streik- und Protesttag und eine Großdemonstration am 13. Oktober, also noch vor dem Wahltermin, könnte viele ArbeiterInnen und Arbeitslose aufrütteln. An die etablierten Politiker und Parteien würde das Signal gehen: Wer die Krise weiter auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung abwälzen will, hat mit massivem Widerstand zu rechnen.

Ein berlinweiter Streik- und Protesttag vor den Wahlen könnte auch den Auftakt bedeuten für eine Protestbewegung gegen die drohenden neuen Kürzungshaushalte. Grundlage für eine solche Protestbewegung sollte die Forderung nach einem bedürfnisgerechten Haushalt sein.

In jedem Kiez, in allen Bezirken und berlinweit sollten SchülerInnen, Studierende, Auszubildende, ArbeiterInnen, Arbeitslose, sozial Benachteiligte und RentnerInnen zusammenkommen, um selber einen Haushalt aufzustellen – einen Haushalt, der sich nach den Bedürfnissen der breiten Masse richtet. Ausgangspunkt darf nicht die Fragestellung sein: Was ist finanzierbar? Sondern: Was brauchen wir, was brauchen wir nicht? Man wird schnell zum Schluss kommen, dass keine

Unternehmergeschenke und milliardenteure Prestigebauten mehr gebraucht werden.

Es muss von vornherein verhindert werden, dass Bundesregierung und Unternehmer versuchen, verschiedene Kommunen gegeneinander auszuspielen. Darum sollte ein gemeinsamer Kampf der Betroffenen in den Kommunen organisiert werden für bedürfnisgerechte Haushalte, finanziert durch die Banken und Konzerne.

Wenn nicht nur demonstriert, sondern auch gestreikt würde, könnte der größtmögliche Druck gegen Sozialkürzungen ausgeübt werden. Wenn die Beschäftigten das öffentliche Leben lahm legen würden, dann könnte kein Wowerit oder Steffel seine Kürzungspolitik umsetzen.

Darum müssen Gewerkschaften, Vertrauensleute, Personal- und Betriebsräte Gegenwehr organisieren.

Darüber hinaus führt kein Weg daran vorbei, in den Gewerkschaften den Kampf für einen grundlegenden Kurswechsel aufzunehmen. Die Gewerkschaften sind nach wie vor die potenziell stärkste organisierte Kraft in der Gesellschaft. Leider wird diese Kraft von der heutigen Gewerkschaftsführung nicht in die Waagschale geworfen. Im Gegenteil. Die Gewerkschaftsspitze lässt sich auf faule Kompromisse ein, paktiert mit Unternehmern und Regierungsvertretern und betreibt Co-Management.

„Natürlich kann man Aufgaben auslagern. Aber es macht nur dann Sinn, wenn die Dienstleistung dadurch besser und billiger wird“ (Susanne Stumpenhusen, Berliner ver.di-Vorsitzende, zur Frage von Privatisierungen im Tagesspiegel vom 17. Juli 2001; die FDP argumentiert nicht anders).

Es spricht Bände, wenn der geschäftsführende Hauptvorstand von ver.di bereit ist, 46.000 Mark Miete am Tag für ihren neuen Sitz am

2. Warum die Kassen leer sind

Potsdamer Platz hinzulegen. Wohl wahr: Der Potsdamer Platz ist eine gefragte Adresse – für Konzernchefs, Manager und Spekulanten. **Was haben Arbeitnehmervertreter dort zu suchen?**

Wenn es gelingt, genug Druck auf die Gewerkschaften auszuüben, sich an der Gegenwehr zu beteiligen, wenn Vertrauensleute, Personal- und Betriebsräte Belegschaften mobilisieren, wenn sich alle von Sozialkürzungen Betroffenen zusammenschließen, dann wird es möglich sein, nicht nur weitere Stellenstreichungen und Privatisierungen zu verhindern, sondern auch vergangene Kürzungen zurückzunehmen zu lassen und das Ruder herumzureißen: Für einen Ausbau statt einem Abbau vom Öffentlichen Dienst, vom Bildungs- und Ausbildungsbereich, beim Wohnen, bei der Kinderbetreuung, im Gesundheitswesen, im Nahverkehr, bei Freizeit- und Sporteinrichtungen.

Leere Versprechen

„Es wird vorangehen zugunsten der Arbeitnehmer. Neue Büros, neue Wohnungen, bessere Verkehrswege: Das beschert enorme Beschäftigungsimpulse.“ Prognostizierte DGB-Sprecher Dieter Pienkny im Juni 1991. Stattdessen sank die Zahl der Arbeitnehmer in Berlin von 1,54 Millionen in 1991 auf 1,38 Millionen im vergangenen Jahr. Im Bauhauptgewerbe sank die Zahl der Beschäftigten von 60.000 im Jahr 1991 auf 37.000.

„Die Berliner Wirtschaft geht besseren Zeiten entgegen. Mittelfristig und erst recht langfristig eröffnen sich für Berlin glänzende Perspektiven als Wirtschaftsmetropole.“ Prognostizierte der damalige Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, Dr. Günter Braun 1990.

Stattdessen wuchs die Wirtschaft nur bis 1995 und schrumpft seitdem kontinuierlich.

Die Schulden der Kommunen steigen Jahr für Jahr, Monat für Monat, Tag für Tag. Berlin ist mit 78 Milliarden Mark verschuldet. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist doppelt so hoch wie die Verschuldung aller anderen Länder und Gemeinden im Durchschnitt.

Der Grund: Nach der kapitalistischen Vereinigung wurden im Ostteil der Stadt zwei Drittel aller Industriearbeitsplätze plattgemacht. Dazu kommt, dass die industrielle Basis in West-Berlin im Vergleich zu anderen Großstädten bereits besonders schwach war. Heute beträgt das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Hamburg das Doppelte, in München das Dreifache von dem in Berlin.

Außerdem schlägt der Wegfall der Subventionen für West-Berlin zu Buche. Vor zehn Jahren stellten die gesamtstaatlichen Zuschüsse mit knapp 20 Milliarden Mark mehr als die Hälfte des Landes- und Hauptstadt-haushaltes (heute kommt nur noch jede fünfte Mark des Berliner Haushaltes aus Bundesmitteln).

In Gesamtberlin wurde im öffentlichen Dienst ein Viertel aller Stellen abgebaut. Heute sind in Ost- und West-Berlin selbst nach geschönten offiziellen Angaben 15 Prozent ohne Arbeit.

Berlin steckt in einem Teufelskreis. Die Massenarbeitslosigkeit führt zu Steuerausfällen. Die Steuerausfälle, die Prestigeprojekte und die Unternehmergeschenke führen zur Schuldenexplosion. Die Schuldenexplosion führt – nach kapitalistischer Logik – zu weiterem Arbeitsplatzabbau, und damit zu weiteren Steuerausfällen usw. usf. Die Krise ist nicht die Folge vom Versagen einzelner Politiker. Die Krise hat System. Dieses System heißt Kapitalismus.

Dieses System wird immer schmarotzerischer. Das Kapital drängt verstärkt auf die Plünderung öffentlichen Eigentums, weil es nicht mehr genug profitable Anlagemöglichkeiten in der Produktion findet. Die weltweite neoliberale Offensive, die Privatisierungen, Deregulierung und den Abbau des staatlichen Sektors vorantreibt, ist Ausdruck dieser Kapitalinteressen. Internationale Verträge und Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO) und die EU werden genutzt, um den Druck auf die Arbeiterklasse zu erhöhen und den Spielraum einzelner Nationalstaaten einzuschränken. In Berlin wurden die Strom- und Gasversorgung, die Wasserbetriebe und Wohnungsbaugesellschaften bereits ganz oder teilweise verschleibt.

Viele Konzerne haben in den letzten Jahren mit ihrem Geld lieber an der Börse spekuliert, denn dort waren in kurzer Zeit exorbitante Profite zu machen. Doch dadurch hat sich der Aktienmarkt immer weiter von der realen Produktion abgehoben und sich eine riesige Finanzblase aufgebläht. Doch dieser Aktienhöhenflug kann nicht auf Dauer die Realwirtschaft ersetzen.

Gerade Berlin wurde von Politikern in den letzten Jahren als Dienstleistungsstadt gepriesen. Unternehmen der so genannten New Economy sollten die Industrie ersetzen. Mehrere Start-ups hatten sich angesiedelt. Schon war die Rede vom "Silicon Valley" in der zentral gelegenen Chausseestraße (obwohl nicht mehr als fünf Prozent der zuvor vernichteten Industriearbeitsplätze ersetzt wurden). Aber gerade im High-Tech-Sektor haben die Firmenpleiten mittlerweile rasant zugenommen.

Im Zuge des weltweit sich beschleunigenden Wirtschaftsabschwungs wird sich die soziale Krise weiter verschärfen. Die Kommunen sind davon doppelt betroffen. Zum einen stei-

gen die Ausgaben im Zuge von Armut und Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben für Sozialhilfe müssen von den Kommunen aufgebracht werden. Zum anderen sinken die Einnahmen.

Unternehmergeschenke

Den Unternehmern wird über Steuer-geschenke, Privatisierungen und Subventionen gegeben, was uns genommen wird.

- ⇒ Daimler (ein Konzern, der bundesweit in den letzten Jahren fast keine Mark Steuern zahlen musste*), bekam sein Gelände auf dem Potsdamer Platz für ein Zehntel des eigentlichen Grundstückspreises
- ⇒ Universal Music bekam für den Umzug von Hamburg nach Berlin vom Senat 35 Millionen auf die flache Hand
- ⇒ Siemens, mit 16.500 Beschäftigten der größte industrielle Arbeitgeber Berlins, erhielt 800 Millionen Mark Subventionen für seine Chip-Fabrik in Dresden

*"Der Herr der Daimler-Sterne, (...)Schrempp äußerte 1996 gegenüber Bonner Haushaltsexperten: "Von mir kriegt ihr nichts mehr." Gemeint war damit, dass der Bonner Finanzminister mindestens bis Ende des Jahrzehnts vom größten Industriekonzern des Landes keine müde Mark an Steuern mehr sehen werde (...)Tatsächlich hat das Daimler-Management erreicht, dass von den 1995 1,015 Milliarden Mark, die das Unternehmen an Steuern zahlte, so gut wie alles im Ausland bezahlt wurde. Und zwar jeweils dort, wo die Steuern am niedrigsten sind." (Winfried Wolf, CasinoCapital – Der Crash beginnt auf dem Golfplatz)

3. Wofür die SAV eintritt

3.1. Den Berliner Korruptionssumpf trocken legen!

Der jüngste Korruptionsskandal um die Bankgesellschaft Berlin hat sich zu eine der größten Banken Krisen in Deutschland entwickelt. Dennoch ist dieser Skandal nur die Spitze des Eisbergs in Berlin und im Bund.

Der langjährige CDU-Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus Klaus Landowsky und seine Kumpane haben die Bankgesellschaft in die Krise geritten – und dabei prächtig abgesahnt. So hat Landowsky als Chef der Bankgesellschaft-Tochter Berliner Hyp dem Unternehmen Aubis Kredite in Höhe von 600 Millionen vergeben, ohne irgendwelche Sicherheiten einzufordern. Die Geschäftsführer - und CDU-Mitglieder - von Aubis bedankten sich mit einer Parteispende von 40.000 Mark.

Weitere 45.000 Mark Miese machte die Bankgesellschaft, weil sie sich für ihre Manager 19 Villen leistete und für einen symbolischen Mietbetrag überließ.

Vor allem aber ritt der Vorstand der Bankgesellschaft das Unternehmen in die Krise, als er sich völlig verspekulierte und Immobilienwerte viel zu hoch angab, um sie gewinnbringender verkaufen zu können. Nachdem das Geschäft platzte, blieben Buchungsverluste von 600 Millionen Mark.

Obwohl das Land Berlin gerade 56,6 Prozent der Anteile an der Bankgesellschaft hat, soll es 100 Prozent des gesamten Geldbedarfs aufbringen. Allein für die zusätzlich aufgenommenen Kredite müssen die Berlinerinnen und Berliner weitere 300 Millionen im Jahr aufbringen. Insgesamt steht das Unternehmen mit sechs bis sieben Milliarden in der Kreide. Nach der Sanierung aus Staatsknete soll das Unternehmen an Private verkauft werden. Kurzfristig hat ein Finanzkonsortium Interesse am Kauf der Bankgesellschaft verkündet, welches unter der Führung der amerika-

nischen Investmentfirma Ripplewood Holdings LLC stehen soll. Dasselbe Konsortium hatte vor zwei Jahren die japanische Long Term Credit Bank übernommen. In Japan "müssen die Politiker und Bürokraten realisieren, dass sie sich einen "Weißen Ritter" ausgesucht haben, der weder edelmütig noch am Wohlergehen der Staatsfinanzen interessiert ist, sondern nur eines im Sinn hat: seine Investition zu amortisieren – und sei es auf Kosten der Steuerzahler. (...) Nach dem Erwachen stellen nun einige skeptische Leute besorgte Fragen. Ist Ripplewood Holdings wirklich am Bankgeschäft interessiert oder will diese Investitionsholding ihr Objekt nur ausschlachten und schnell Geld machen?" (Berliner Zeitung vom 20. August 2001)

Korruptionsskandal und Haushaltskrise in Berlin sind keine Ausnahmereischeinungen. Der bundesweite CDU-Spendenskandal im letzten Jahr und unzählige Affären in Ländern und Kommunen haben gezeigt, dass Bestechung, Spekulantentum und persönliche Bereicherung von Politikern ein integraler Bestandteil des politischen Systems in Deutschland ist.

Wir fordern:

⇒ **Keine Pensions- und Übergangszahlungen an die für die Krise verantwortlichen Politiker. An Korruption und Vetternwirtschaft beteiligte Politiker & Unternehmer müssen mit ihrem Vermögen für die angerichteten Schäden haften**

⇒ **Wo ist das Geld hin? Vollständige Offenlegung der Geschäftsbücher der Bankgesellschaft, ihrer Tochterunternehmen und aller Unternehmen, bei denen Investitionen und Kredite versickert sind**

⇒ **Bildung einer öffentlich tagenden Untersuchungskommission aus gewählten VertreterInnen der arbeitenden Menschen, um den Korruptionssumpf endlich trocken zulegen**

Berlin zu Grunde gerichtet

10 Jahre hat die Große Koalition aus SPD und CDU abgezockt, Unternehmer beschenkt und Vetternwirtschaft betrieben. Jetzt belohnt sich die Bande auch noch selbst.

Allein der bisherige Bürgermeister Eberhard Diepgen erhält zunächst drei Monate lang sein volles Gehalt von 23.600 Mark weiter. Danach bekommt er ein Ruhegeld von 180.000 Mark im Jahr.

3.2. Arbeit für alle

Nach der Einführung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland und Ostberlin wurden im Ostteil der Stadt zwei Drittel aller Industriearbeitsplätze abgebaut. Die privaten westdeutschen Konzerne waren darauf aus, den Osten nur noch als verlängerte Werkbank und als Billiglohnsektor zu nutzen. Konkurrenz wurde ausgeschaltet.

Auch "West-Berliner Industriebetriebe wurden (...) reihenweise dichtgemacht" (Der Spiegel 24/2001).

Zählte die Berliner Industrie 1989 noch 400.000 Beschäftigte, sind es heute gerade noch 130.000.

In der gesamten zweiten Hälfte der neunziger Jahre schrumpfte das Bruttosozialprodukt Jahr für Jahr. Berlin steckte in der Rezession.

Im öffentlichen Dienst wurden berlinweit in den neunziger Jahren 61.000 Stellen gestrichen. 1990 waren hier noch 220.000 BerlinerInnen beschäftigt. Dieser dramatische Arbeitsplatzabbau ist das Ergebnis von kapitalistischer Sparlogik und der Privatisierungswelle im öffentlichen Dienst.

In Berlin sind 274.000 Arbeitslose gemeldet. Und der Personalabbau geht weiter: Bei der Bankgesellschaft, dem größten Arbeitgeber

des Landes Berlin, sollen mehr als 4.000 Stellen gestrichen werden, bei der BVG im Zuge der Fusion mit der S-Bahn ebenfalls 4.000 Stellen, bei der Charite bis 2005 1.850 Stellen...

Jeder sechste Berliner oder Berlinerin ist heute auf der Suche nach Arbeit. Mehr als 10.000 SchulabgängerInnen sind ohne einen Ausbildungsplatz. Im Juli waren rund 34.400 Arbeitslose unter 25 Jahren registriert. Damit stieg die Quote in dieser Altersgruppe auf 19,2 Prozent.

Koch (CDU), Ministerpräsident von Hessen, und Scharping (SPD), Bundesverteidigungsminister, forderten unlängst Einschnitte bei der Sozialhilfe und verstärkten Druck auf SozialhilfeempfängerInnen und Erwerbslose. Angeblich, um sie wieder in ein festes Arbeitsverhältnis zu bringen. Welche Heuchelei! Während die Arbeitslosigkeit in Berlin und bundesweit zunimmt und feste Arbeitsverhältnisse unter Beschuss stehen (Billiglohnjobs, Zeitarbeitsverträge etc.) sollen Erwerbslose die Sparschweine des Landes sein.

CDU-Spitzenkandidat Frank Steffel, der offensichtlich alles gut findet, was für sozial Benachteiligte schlecht ist, pflichtet Koch und Scharping bei: "Zwar gibt es bereits Modelle, die den Bezug von Sozialhilfe von der Annahme einer Arbeitsstelle abhängig machen, doch sind diese mangels Sanktionsmöglichkeiten nicht besonders wirkungsvoll."

Elfi Jantzen, die sich "Sozialexpertin" der Grünen-Fraktion schimpft, haut in die gleiche Kerbe: "Gegen gemeinnützige Arbeit für drei Mark die Stunde ist nichts zu sagen" (Tagesspiegel vom 7. August 2001).

Die SAV unterstützt die von Erwerbsloseninitiativen aufgestellte Forderung nach einem

Existenzgeld von 1.500 Mark plus Warmmiete. Wir meinen aber:

Der Kampf für ein existenzsicherndes Einkommen von Arbeitslosen muss mit dem Kampf zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit verbunden werden.

Obwohl Tausende von Wohnungen fehlen beziehungsweise unbewohnbar sind, haben in Berlin allein 1997 mehr als 10.000 Bauarbeiter ihre Arbeit verloren:

An den Berliner Schulen fallen jede Woche 15.000 Überstunden (Schulstunden) an. Dafür könnten 600 Lehrkräfte eingestellt werden.

Auf der einen Seite Massenarbeitslosigkeit - auf der anderen Seite würde es genug zu tun geben. Dennoch werden weitere Stellen zusammengestrichen. Betriebsbedingte Kündigungen drohen.

Die geplante fast vollständige Aushöhlung des Ladenschlussgesetzes und die heutigen Ausnahmeregelungen (zusätzliche lange Samstage und verkaufsoffene Sonntage bei Kaufhof, Allee-Arcaden etc.) werden auch keine neuen Stellen schaffen. Das, was von unserem Lohn (oder von unserem Arbeitslosengeld) bleibt, können wir nur einmal ausgeben, egal wie lange Läden und Geschäfte geöffnet haben. Stattdessen werden in der Vergangenheit erkämpfte Arbeitnehmerrechte ausgehebelt und ungesicherten Arbeitsverhältnissen und Billigjobs Tür und Tor geöffnet.

Schröder, der sich selbst zum Kanzler des Aufschwungs ernannt hatte, wird in den kommenden Monaten der Kanzler des Abschwungs und der Rezession sein.

Großkonzerne wie Opel planen Entlassungen und Betriebsschließungen. Davon wird auch Berlin und die Region nicht verschont bleiben.

In Hennigsdorf, dem mit 2.540 Beschäftigten größten Standort des Schienenherstellers Adtranz, muss die Belegschaft nach dem Verkauf an Bombardier um den Erhalt des Betriebes kämpfen.

Bombardier hat bereits konkret angekündigt, in seinem Hennigsdorfer Werk die Sparte Fahrgastinformationssysteme dichtzumachen. Davon wären 63 Lohnabhängige betroffen.

Siemens ist der größte industrielle Arbeitgeber von Berlin. Im dritten Quartal des laufenden Geschäftsjahres gab der Konzern bundesweit Verluste von einer Milliarde Mark an. Der Aktienkurs halbierte sich binnen einen Jahres. Die Krise von Siemens und anderer Konzerne darf nicht auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen werden!

Wir fordern:

- ⇒ **Erhalt aller Arbeitsplätze. Keine betriebsbedingten Kündigungen**
- ⇒ **Schluss mit dem Ausverkauf des öffentlichen Dienstes**
- ⇒ **Nein zu Entlassungen und Betriebs-schließungen**
- ⇒ **Offenlegung der Geschäftsbücher**
- ⇒ **Wer entlässt, gehört enteignet:
Für die Überführung aller Betriebe, die Entlassungen oder Werks- und Fabrik-schließungen planen, in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. Entschädigungszahlungen nur bei erwiesener Bedürftigkeit**
- ⇒ **Verteilung der Arbeit auf alle 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich für alle städtischen Beschäftigten**

- ⇒ Für ein öffentliches Investitionsprogramm und Neueinstellungen in Bus und Bahn, Bildung und Ausbildung, Wohnen, Kinderbetreuung, Gesundheitswesen, Freizeit- und Sporteinrichtungen
- ⇒ Für einen massiven Abbau von Überstunden. Schluss mit Flexibilisierung und Billigjobs. Das Land muss Vorreiter sein
- ⇒ Keine weitere Aushöhlung des Ladenschlussgesetzes
- ⇒ Qualifizierte Ausbildungsplätze für alle unbefristete Übernahme im erlernten Beruf
- ⇒ Mindestsicherung von 2.000 Mark netto

3.3. Stoppt den Ausverkauf öffentlichen Eigentums!

Erklärtes Ziel der etablierten Parteien ist in Berlin die Privatisierung von allem, was nicht niel- und nagelfest ist.

Bewag, Gasag, Wasserbetriebe, Wohnungsbaugesellschaften und Kliniken wurden in den letzten Jahren bereits ganz oder teilweise privatisiert.

"Von 1997 bis 2000 sind durch den Verkauf des ‚Tafelsilbers‘ – insbesondere von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung – reichlich 10 Milliarden Mark in die Landeskasse geflossen" (DIW-Wochenbericht 25, 2001).

Unserer Meinung nach sind Privatisierungen Diebstahl an öffentlichem Eigentum. Privatisierungen sind immer zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung, egal ob als Kunden oder als Beschäftigte. Wo privatisiert wird, müssen nicht nur die eigentlichen Kosten

bezahlt werden, sondern auch die Gewinne der privaten Unternehmer.

Das Beispiel Krankenhaus Buch spricht Bände: Nachdem es mit Hilfe von Landesmitteln saniert worden war, wurde es für lachhafte 38 Millionen Mark verschandelt. In der Folge sollen 1.200 von 3.000 Arbeitsplätzen vernichtet werden.

Nach der Privatisierung der Gasag wurde angekündigt, jede zweite Stelle zu streichen.

Bei der Bewag wurde unmittelbar nach dem Verkauf bekannt gegeben, die Belegschaft von 8.600 auf 6.300 zu reduzieren.

Im Fall der Bewag war die Tinte des Verkaufsvertrages noch nicht trocken, als Strompreissenkungen für Großkonzerne wie Siemens in Höhe von 100 Millionen Mark im Jahr beschlossen wurden.

Die etablierten Parteien haben sich die fortgesetzte Plünderung öffentlichen Eigentums auf die Fahnen geschrieben. Bedauerlicherweise ist die PDS-Führung inzwischen ebenfalls auf diese Linie eingeschwenkt. So will sie "die Überführung einzelner Behörden und Einrichtungen in neue öffentliche Rechtsformen mit dem Ziel der Rationalisierung (...) prüfen." Das gleiche gilt für städtische Unternehmen, Wohnungen, Bäder und die Flughafen-Holding.

Die Gewerkschaftsführung hat sich in den letzten Jahren ohne großen Widerstand mit diesem sozialen Kahlschlag abgefunden. Bei den bislang durchgezogenen Privatisierungen nutzte die ÖTV-Führung die Kampfkraft der Beschäftigten in keiner Weise. Der Berliner ÖTV-Chef Kurt Lange wechselte unmittelbar nach dem Verkauf der Bewag sogar offen die Seiten und wurde Arbeitsdirektor des privatisierten Unternehmens! Seine Nachfolgerin Susanne Stumpfenhusen und der Vorstand der neu gegründeten ver.di-Gewerk-

schaft stellt Privatisierungen nicht mehr prinzipiell in Frage.

Diese Erfahrungen zeigen, dass es dringend nötig ist, aus den Gewerkschaften echte Kampforganisationen zu machen. Darum beteiligen sich SAV-Mitglieder auch an dem Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition.

Wir fordern:

- ⇒ **Nein zu Privatisierungen**
- ⇒ **Rücknahme aller bisherigen Privatisierungen**
- ⇒ **Demokratische Kontrolle und Verwaltung aller landeseigenen und vom Land betriebenen Gesellschaften und Unternehmen durch die arbeitende Bevölkerung**

Verfall der öffentlichen Infrastruktur

Das Institut für Urbanistik fürchtet den Verfall der öffentlichen Infrastruktur. In den Bereichen Personennahverkehr, Schulen und Krankenhäuser, Wasser- und Energieversorgung sowie andere kommunale Infrastruktur müsse mindestens 50 Prozent mehr Geld fließen.

Laut Finanzdezernentin des Deutschen Städtetages, Monika Kuba, liegen die kommunalen Investitionen derzeit 30 Prozent unter dem Niveau von 1992.

(Tagesspiegel vom 14. August 2001)

3.4. Erhalt aller Krankenhäuser

Die Gesundheitsversorgung in Berlin ist in Gefahr. CDU und SPD haben die komplette Privatisierung aller städtischen Krankenhäuser in die Wege geleitet. Mehrere Kliniken

werden zusammengelegt oder vollständig geschlossen, Betten werden abgebaut, der Gesundheitsetat des Landes Berlin wird zusammengestrichen. Die Pläne sehen die Streichung von mehr als 8.000 Stellen vor.

Rot-Grün stellt diesen Kahlschlag nicht in Frage. Im Gegenteil. Die Grünen verfolgen eine "befristete Senkung der Pauschalförderung für Krankenhäuser um 40 Prozent".

Die Kürzungsmaßnahmen bei der neuen Berliner Krankenhaus-GmbH Vivantes - allein in diesem Jahr in Höhe von 150 Millionen Mark - haben schon jetzt die Schließung ganzer Standorte zur Folge.

Im medizinischen Bereich werden Einschnitte durchgezogen. Die Liegezeiten werden erheblich verkürzt. Damit sollen allein im Krankenhaus Neukölln 200 von heute 1.300 Betten abgebaut werden. Ein Einstellungsstopp wurde verhängt. Zeitverträge sollen nicht verlängert werden.

300 Beschäftigte der städtischen Krankenhäuser, die den Übergang in die Vivantes-GmbH und die Helios-GmbH in Berlin-Buch verweigert haben, sollen entlassen werden.

"Was bei der Klinik GmbH, Vivantes' möglich ist, können auch Charité und Steglitz", sagte Bernd Köppl von den Grünen. Bei den Uniklinika Charité und im Steglitzer Benjamin Franklin will das Land Berlin für den Zeitraum von 2003 bis 2005 145 Millionen Mark streichen. "Mehr als 1.850 Arbeitsplätze sind allein in der Charité in Gefahr, wenn die Einsparungen umgesetzt werden", so Manfred Dietel, Ärztlicher Direktor der Cha-

Auch das Gesundheitswesen ist "Opfer" des Profitstrebens im Kapitalismus. Während die Kliniken in Berlin und im Bund bald „am Tropf hängen“, haben die Pharmakonzerne in den neunziger Jahren Rekordgewinne eingefahren.

rité. (Berliner Zeitung vom 4. Juli 2001)
Der Medikamenten-Skandal um das Cholesterin senkende Mittel Lipobay vom Bayer-Konzern ist nur das jüngste Beispiel dafür, dass die Kapitalisten bereit sind, für eine schnelle Mark über Leichen zu gehen.

Die SAV ist der Meinung: Mit unserer Gesundheit darf kein Profit gemacht werden. Dagegen erklärte das "Krankenhaus-Gutachten", auf das sich die Große Koalition bei ihrem Privatisierungskurs gestützt hatte, klipp und klar: „Es bestehen daher keine ernstlichen Zweifel daran, dass ein Krankenhaus als Wirtschaftsbetrieb und damit auch als Unternehmen im betriebswirtschaftlichen Sinne anzusehen ist. Dies sind Betriebe des marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystems, die durch die Möglichkeit, ihren Wirtschaftsplan selbst zu bestimmen und nach größtmöglichen Gewinn zu streben, gekennzeichnet sind“ („Gutachten“, 1. Teil, Kapitel 6).

Kämpferische Kolleginnen werden von der Gewerkschaftsspitze im Regen stehen gelassen. Den Beschäftigten des Krankenhauses Moabit, die seit mehr als drei Jahren gegen die Schließung ihrer Klinik kämpfen, blieb zunächst seitens des ÖTV-Vorstands, dann seitens des Vorstands der neu gebildeten ver.di-Gewerkschaft bei ihrer Gegenwehr jede Unterstützung versagt. Das Berliner Aktionskomitee Krankenhäuser (BAK), das von engagierten Vertrauensleuten und Betriebsräten initiiert wurde, macht mit ihren Krankenhäuser übergreifenden Protesten seit Jahren vor, was die eigentliche Aufgabe des Gewerkschaftsapparates wäre.

Wir fordern:

- ⇒ **Erhalt aller Betten, Stellen und Kliniken**
- ⇒ **Rücknahme aller bisheriger Privatisierungen**

- ⇒ **Ausbau statt Abbau im Gesundheitswesen**
- ⇒ **Enteignung der Pharmakonzerne. Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung**
- ⇒ **Für ein kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem**

Ihre Sparpolitik bedroht unser Leben

Die Einsatzfähigkeit der Feuerwehr ist immer weniger gewährleistet. Der Rettungsdienst wird immer langsamer. Vor zehn Jahren waren die Rettungsteams im Durchschnitt fünf Minuten unterwegs. Heute sind es acht Minuten – nachdem von 1996 bis 2000 bei der Feuerwehr mehr als 550 Stellen gestrichen wurden.

(Berliner Zeitung vom 30. Mai 2001)

3.5. Preiswerter Wohnraum für alle

Verkehrte Welt: Auf der einen Seite ist guter und preiswerter Wohnraum nach wie vor Mangelware (vor allem in West-Berlin), auf der anderen Seite stehen in Berlin Tausende von Wohnungen leer. Das Berlin-Brandenburger Wohnungsunternehmen (BBU) ging Ende der neunziger Jahre von 50.000 nicht vermieteten Wohnungen in der Stadt aus.

Anfang der neunziger Jahre gab es in Ostberlin 150 instand-besetzte Häuser. In den letzten Jahren ließ der CDU/SPD-Senat die noch gebliebenen besetzten Häuser räumen.

Beherrscht wird der Berliner Wohnungsmarkt heute mehr denn je von Miethaien und Spekulanten. Öffentlich geförderte Wohnungen wurden in den letzten Jahren verscherbelt.

Wohnungsbaugesellschaften wurden privatisiert oder stehen vor dem Verkauf. Tausende sind obdachlos.

Wir fordern:

- ⇒ **Kein Verkauf von Wohnungsbaugesellschaften. Rücknahme aller Privatisierungen**
- ⇒ **Für ein öffentliches Wohnungsbauprogramm zur Schaffung von gutem und preiswerten Wohnraum für alle ab 16 Jahren**
- ⇒ **Sofortiger Mietenstopp. Senkung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens**
- ⇒ **Verbot von Maklertätigkeit. Für eine kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung**

Soziale Brennpunkte

SPIEGEL: Haben Sie nicht auch von der Reichstagskuppel nach unten geschaut und die neue Mitte der Hauptstadt bewundert?

Penta: Habe ich. Aber ich habe aber auch ganz unten die vergammelten Höfe und Industriebrachen in Schöneweide gesehen - und die Gefahr, dass aus sozialen Brennpunkten soziale Brandflächen werden, heruntergekommene und entvölkerte Stadtzüge. Ansätze gibt es genug.

(SPIEGEL-Interview in 26/2001 mit dem "Community Organizer" Leo Penta, der eine richtige Analyse macht, aber die falsche Lösungen anbietet. Wie in Brooklyn unter seiner Beteiligung geschehen, sollen in Berlin öffentliche Gelder eingespart werden und öffentliche Aufgaben über "Selbstversorgung" auf die breite Masse abgewälzt werden).

3.6. Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr

Die Berliner Verkehrspolitik stinkt zum Himmel. Zum 1. August wurden die Wuchertarife der BVG erneut drastisch verteuert: Der Preis für eine Tageskarte wurde von 8,70 Mark auf 12 Mark heraufgesetzt, der Preis für eine Monatskarte für SchülerInnen, Studierende und Azubis von 78 auf 81 Mark angehoben. Auch die "Grünen", die Teil des Übergangssenates sind, haben nichts unternommen, dies zu verhindern.

Mit der angepeilten Fusion von S-Bahn und BVG werden die Berliner Verkehrsbetriebe den Kapitalinteressen ausgeliefert. Bündnis 90/Die Grünen machen bei der Fusion ein Fragezeichen, plädieren aber ebenfalls für eine "Vorbereitung des Unternehmens auf den Wettbewerb". Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen, Cramer, "äußerte zudem, um bei der BVG Arbeitsplätze zu sparen, sei die Fusion nicht erforderlich. Das aktuell gültige Zukunftskonzept "BSU 2000" gebe ein realistisches Ziel vor, nach dem die Zahl der Mitarbeiter von heute 13.500 auf 7.000 im Jahr 2008 gesenkt werden solle" (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. August 2001).

Die Vorfahrt für den Autoverkehr muss gestoppt werden. Der Pkw- und Lkw-Verkehr verpestet nicht nur die Luft, sondern raubt in verschwenderischem Maß Fläche, gefährdet Menschenleben und säuft die Ölvorräte weg. Die ökonomischen, ökologischen und sozialen Folgekosten des Autoverkehrs betragen ein Vielfaches von dem, was für die Finanzierung des Nulltarifs und des Ausbaus des öffentlichen Nahverkehrs benötigt würde.

Ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode! Der Autoverkehr hat freie Bahn. Das ist nicht im Interesse von Mensch und Umwelt. Aber es im Interesse der Autolobby. Eine

kleine Minderheit von Kapitalisten hat in diesem System mehr Einfluss als die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung. Die Folge: Während bei den öffentlichen Verkehrsmitteln Leistungen eingeschränkt werden, wird der Autolobby, die seit Jahrzehnten Gewinne in Milliardenhöhe kassiert, über die öffentliche Finanzierung des Straßenbaus Geld in den Rachen geworfen.

Wir fordern:

- ⇒ **Keine Fusion von S-Bahn und BVG**
- ⇒ **Rücknahme der Privatisierungsmaßnahmen im Berliner Nahverkehr**
- ⇒ **Nein zu Stellenabbau bei Bus & Bahn**
- ⇒ **Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr**
- ⇒ **Ausbau des öffentlichen Verkehrs**
- ⇒ **Nein zum Ausbau der Stadtautobahn**
- ⇒ **Überführung der Autoindustrie in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung**

3.7. Schluss mit der Diskriminierung von Frauen

„Nach Schätzungen wird jede dritte Frau mindestens einmal von ihrem Freund oder Ehemann misshandelt“ (Tagesspiegel vom 3. März 2001). Im vergangenen Jahr flüchteten 2.000 Frauen in die fünf Berliner Frauenhäuser und 432 Zufluchtwohnungen mit insgesamt rund 450 Plätzen.

Waren es 1999 563 Frauen, haben im Jahr 2000 677 Misshandelte die Notunterkunft der Caritas aufgesucht.

In der Werbung, in den Medien, im Alltag werden Frauen weiterhin nicht als Personen, sondern als Sexobjekte dargestellt.

Von Gleichberechtigung kann keine Rede sein.

Am Arbeitsplatz werden sie von Unternehmern als ArbeiterInnen zweiter Klasse behandelt. Nach wie vor verdienen sie durchschnittlich ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen.

Seit dem 1. August 1996 hat jedes Kind ein Recht auf einen Kindergartenplatz. Das Recht existiert, aber keineswegs ein Kita-Platz für jedes Kind. Die Gebühren betragen in Berlin mittlerweile monatlich zwischen 60 und 560 Mark. Die Zustände sind in vielen Kitas verheerend. Ein Beispiel in Berlin-Mitte: Pro Nase kann die Kita „An den Kolonnaden“ für Basteln gerade 14 Mark im ganzen Jahr ausgeben. 1996 standen noch 212 Mark für jedes Kind zur Verfügung. Längst wurde den Berliner Kitas das Geld für Vertretungen gestrichen.

Auch die freien Träger, die ein Drittel aller Kita-Plätze betreuen, stehen vor weiteren Einschnitten in der Finanzierung. Das Land Berlin drängt darauf, die Kita-Küchen abzuschaffen. Das Essen sollen Fremdfirmen liefern, wie bei vielen städtischen Kitas schon Realität.

Wir fordern:

- ⇒ **Ausbau statt Abbau von Mädchen- und Fraueneinrichtungen**
- ⇒ **Einführung eines kostenlosen Frauen- nachttaxis**
- ⇒ **Keine sexistische Werbung auf städtischen Werbeflächen**
- ⇒ **Einstellung aller arbeitslosen ErzieherInnen**
- ⇒ **Kostenlose Kinderbetreuung vom 1. bis zum 13. Lebensjahr**
- ⇒ **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**

Schluss mit der Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transidenten

Ein schwuler Bürgermeister bedeutet noch lange keine Verbesserung für die Lage von Homosexuellen in Berlin.

- ⇒ Gleiche Rechte für Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transidenten
- ⇒ Für einen vorurteilsfreien Sexualkundeunterricht in den Schulen, ausreichend Beratungsstellen und ein öffentliches Programm für Aufklärung, Verhütung und Umgang mit HIV
- ⇒ Keine Kürzungen bei schwul-, lesbischen- und bisexuellen sowie transidentischen Initiativen, Projekten und Zentren

3.8. Nein zu Elitebildung

400 von gut 1.000 Berliner Schulen sind sanierungsbedürftig. Die Ausgaben für Lehr- und Lernmittel wurden seit 1992 von der Großen Koalition halbiert.

Seit dem Schuljahr 1997/98 hat die Senatschulverwaltung 60 Schulen geschlossen. Bis 2005/06 sollen weitere 35 Einrichtungen dichtgemacht werden.

Im Sommer 2002 soll das Abitur in 12,5 Jahren eingeführt werden. Mit diesem Express-Abitur wird der Druck auf die AbiturientInnen drastisch zunehmen. SPD-Schulsenator Klaus Böger sieht diese Entscheidung als Vorstufe zum Abitur nach zwölf Jahren.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Unterrichtsausfall an den Schulen um ein Drittel gestiegen. Inzwischen kann jede-zehnte Schulstunde nicht mehr planmäßig erteilt werden. Die Klassenstärke an den Gymnasien betrug

im letzten Jahr im Schnitt 28,5 SchülerInnen. Vor diesem Hintergrund gab der Übergangssenat unter großem Medienrummel die Einstellung von 1.281 LehrerInnen bekannt. Das klingt gut. Der einzige Haken: Damit wird nur ungefähr die aus dem Dienst ausscheidende Zahl ausgeglichen.

Bei den Hochschulen wurde unter dem Deckmantel erhöhter Verwaltungskosten die Studiengebühr durch die Hintertür eingeführt. Rot-Grün segnete in diesem Sommer eine erneute 20prozentige Gebührenerhöhung und weitere Einsparungen an den Universitäten ab. Seit der Einführung dieser Studiengebühr hat sich die Situation an den Hochschulen in keiner Weise verbessert.

„Bildungseinrichtungen wie die Freie Universität sollten privatisiert und in eine Stiftungsuniversität wie Harvard umgewandelt werden, um mehr Eliten nach Berlin zu holen“ (Tagesspiegel vom 27. Juni 2001). Dafür plädieren die Unternehmensberatungen McKinsey, KPMG und Roland Berger.

Mehr als 50 Schulen sollen an die Deutsche Bank und andere private Investoren verkauft werden. Eine Elite wird gefördert. Bildungsfabriken sollen produzieren, was der Markt braucht. Während 30.000 Studienplätze gestrichen werden, beschloss CDU und SPD in der Regierung, 500 Millionen Mark für den Wissenschaftspark Adlershof aufzubringen.

Wir fordern:

- ⇒ Einstellung aller arbeitslosen LehrerInnen und Senkung der Klassenstärke auf maximal 15 SchülerInnen sowie Einführung der integrierten Gesamtschule als Regelschule
- ⇒ Keine Verkürzung der Schulzeit

- ⇒ **Nein zu Studiengebühren, Rücknahme der erhöhten Semestergebühren an den Berliner Hochschulen**
- ⇒ **Einführung eines elternunabhängigen und darlehensfreien BaFöG von 1.500 Mark netto**
- ⇒ **Verdoppelung des Bildungsetats**

Für staatlich finanzierte, selbstverwaltete Jugendzentren in jedem Stadtteil
 Beispiel Marzahn-Hellersdorf: Die Mittel für die freien Träger der Jugendarbeit wurden um die Hälfte reduziert. Statt den Kampf aufzunehmen, erklärt die PDS-Jugendstadträtin Petra Leuschner: "Ich kann nicht garantieren, dass alle Jugendeinrichtungen erhalten bleiben" (Berliner Zeitung vom 30. Mai 2001).

3.8. Keinen Fußbreit den Faschisten

Die SAV ist der Ansicht, dass wir dem Anwachsen der Faschisten nicht tatenlos zusehen dürfen. Jahr für Jahr kommt es in Berlin zu Hunderten von faschistischen Gewalttaten. Die Nazis wollen einen Keil in die Arbeiterbewegung treiben – zum Vorteil für die Herrschenden, zum Beispiel mit Parolen wie "Arbeit zuerst für Deutsche" (NPD). Letztendlich ist ihr Ziel die Abschaffung aller demokratischer Rechte, die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen und die Errichtung einer faschistischen Diktatur.

Sowohl die NPD als auch die Republikaner treten bei den diesjährigen Berliner Wahlen an. Die NPD-Bundeszentrale in Köpenick und der Sitz der Republikaner in Pankow sind längst Anlaufstellen faschistischer AktivistInnen und Gewalttäter. Es ist dringend nötig, gegen Neonazi-Akti-

vitäten massenhaft zu mobilisieren und sich ihrem Treiben aktiv entgegenzustellen. Wahlkampf-Auftritte müssen verhindert werden. Die Zentralen von NPD und Republikaner gehören dichtgemacht. Der geplante Nazi-Aufmarsch am 3. Oktober muss gestoppt werden.

Die rassistische Politik der etablierten Parteien ist Wasser auf die Mühlen der Neonazis. Nicht ImmigrantInnen schließen Betriebe oder erhöhen Mieten, sondern Unternehmer und Spekulanten. Wir dürfen uns nicht splitten lassen. Deutsche und nichtdeutsche ArbeiterInnen und Arbeitslose haben die gleichen Interessen.

Wir fordern:

- ⇒ **Mobilisierung zur Verhinderung aller Wahlkampf-Aktivitäten von Nazis Gegen den Nazi-Aufmarsch am 3. Oktober in Berlin**
- ⇒ **Keine Vermietung oder Vergabe von öffentlichen Räumen, Straßen oder Plätzen an Faschisten**
- ⇒ **Verhinderung von faschistischen Aktivitäten und Aufbau eines effektiven Selbstschutzes durch Gewerkschaften, ImmigrantInnenverbände, antifaschistische Organisationen und linke Parteien**
- ⇒ **Weg mit der NPD-Zentrale in Köpenick**
- ⇒ **Weg mit der REP-Zentrale in Pankow**
- ⇒ **Keine Abschiebungen. Schließung aller Abschiebeknäste. Bleiberecht für alle**
- ⇒ **Weg mit der Residenzpflicht und allen Ausländergesetzen**
- ⇒ **Wahlrecht und gleiche Rechte für alle**

3.10. Der Prenzlauer Berg darf kein Bonzenviertel werden

Mittelkürzungen bei den Jugendeinrichtungen, Schließung von Kitas, Bau von Luxuswohnungen, unbezahlbare Mieten für alternative Cafés und Clubs, das Aus für das Café Westphal, das Kino Nord oder den Franz-Club... Seit Anfang der neunziger Jahre ist jede/r Zweite aus dem Prenzlauer Berg weggezogen. In vielen Fällen waren es Arbeiterfamilien, die dem Stadtteil den Rücken kehren mussten.

Für den Haushalt 1999 hatte die BVV-Mehrheit unter Federführung von SPD-Bürgermeister Kraetzer den Etat für Jugend und Bildung um 50 Prozent gekürzt. Es wäre aber auch keine Lösung gewesen, beim Grünflächenamt an Stelle der Schulen zu sparen, wie es die PDS vorgeschlagen hatte.

Die etablierten Parteien reden von Sachzwängen. Die SAV steht für eine andere Politik.

Unsere „Sachzwänge“ sind die Bedürfnisse der Menschen und der Umwelt. Wir treten für einen bedürfnisgerechten Haushalt ein.

Wenn der Senat mit Zwangsverordnungen droht, muss der Stadtteil mobilisiert werden, um dem Senat die notwendigen Zuschüsse abzurufen. Da alle Bezirke mit dem Rotstift konfrontiert sind, wäre ein gemeinsamer Kampf aller Bezirke nötig.

Um entschlossenen Widerstand zu organisieren, sollten wir Stadtteilkomitees aufbauen, regelmäßige Versammlungen in den Betrieben und Bezirken durchführen und unter Beteiligung der Gewerkschaften gemeinsame, bereichsübergreifende Protestaktionen gegen die Umsetzung der Kürzungsvorgaben auf Bezirksebene auf die Beine stellen.

Wir fordern:

- ⇒ Rücknahme aller Kürzungen und Privatisierungen
- ⇒ Nein zur Privatisierung städtischen Wohnraums
- ⇒ Für einen bedürfnisgerechten Haushalt
- ⇒ Für die Mobilisierung aller Bezirke gegen die Rotstiftpolitik des Berliner Senates

4. Der sozialistische Ausweg aus der kapitalistischen Sackgasse

4.1. Widerstand gegen die Diktatur der Banken und Konzerne

CDU und SPD haben in den letzten zehn Jahren von einer notwendigen Sanierung des Berliner Haushaltes geredet. Saniert hat die CDSPDU aber nicht den öffentlichen Haushalt, sondern die privaten Konzerne und Finanzinstitute.

Während Kitas und Kliniken platt gemacht wurden, werden Prestigebauten hochgezogen. Der Tiergartentunnel war der Großen Koalition 4,5 Milliarden Mark wert, das gesamte Projekt um die Spreeverlegung 3,1 Milliarden. Allein die Bewerbung um die Olympischen Spiele 2000 verschlang 86 Millionen Mark.

Hauptstadtbauten oder Prestigeprojekte werden auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen. Hunderte von Millionen für diese Standortpolitik schenken die etablierten Politiker und Parteien den Unternehmern über Zuschüsse vom Land.

Die Gewerbesteuer ist heute die wichtigste Einnahmequelle über die Erhebung von Steuern für die Kommunen. Bundesweit nehmen

die Kommunen darüber 52 Milliarden Mark im Jahr ein. Den Großkonzernen und Banken ist diese Besteuerung schon lange ein Dorn im Auge, denn dadurch werden ihre Profite etwas geschmälert.

Gegenwärtig zahlen nur 35 Prozent aller Unternehmen überhaupt Gewerbesteuer. In der Diskussion ist die völlige Abschaffung. Das fordert der Bundesverband der Deutschen Industrie. Statt einer Abschaffung sind drastische Erhöhungen der Hebesätze nötig.

Auf jeden Berliner und BerlinerIn kommen heute statistisch 19.430 Mark Schulden. In Berlin geht jede vierte Mark, die der Fiskus von den Steuerzahlern einnimmt, als Zinszahlung an die Banken. Die Banken verdienen sich an den Schulden der Stadt sogar noch eine goldene Nase.

Tag für Tag kassieren die Banken 11,2 Millionen Mark an Zinsen von Berlin. Im Jahr stecken die Banken auf diesem Weg mehr als sechs Milliarden ein.

Allein mit diesen Geldern könnten laut Senatsfinanzverwaltung alle Schulen und LehrerInnen finanziert werden.

Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass der finanzielle Spielraum Berlins vom Bund immer weiter eingeschränkt wird. Mit dem Wettkampf der Städte in Standortfragen muss Schluss sein. Nötig wäre ein gemeinsamer Kampf gegen Bundesregierung und Kapitalinteressen.

ABB, AEG-TRO, AEG-AMC, Alcatel... , die Liste von Fabrikschließungen beziehungsweise Massenentlassungen in den neunziger Jahren ließe sich noch lange fortsetzen. Mit dem industriellen Kahlschlag wurde dem Land Berlin die wirtschaftliche Basis entzogen.

Die SAV ist der Meinung: Nicht die ArbeiterInnen, sondern die Bosse gehören entlassen. Unternehmer, die Werke schließen und Belegschaften auf die Straße setzen, gehören enteignet.

Wir fordern:

- ⇒ Keine Streichung der Gewerbesteuer
- ⇒ Massive Erhöhung der Gewerbesteuer für Großkonzerne und Banken
- ⇒ Rücknahme der Streichung der Gewerkekapitalsteuer
- ⇒ Stopp aller Prestigeprojekte wie Großflughafen Schönefeld, Tiergartentunnel, Ausbau der Stadtautobahn oder Lehrter Stadtbahnhof
- ⇒ Erhöhung der Bundeszuschüsse, in dem die Banken, Konzerne und Versicherungen zur Kasse gebeten werden
- ⇒ Jeden Tag schenkt Berlin den Banken 11,2 Millionen Mark. Deshalb: Sofortige Einstellung der Zinszahlungen an die Banken
- ⇒ Überführung der Banken in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung

Demonstrationsrecht verteidigen

Meldepflicht von "GlobalisierungsgegnerInnen", Verbot der "revolutionären 1. Mai-Demo" 2001, Verbot der Luxemburg-Liebnecht-Demo 2000, Diskussion über Demo-Verbote in der Innenstadt... Der Staat rüstet auf. In Berlin, im Bund und international.

Der Kriminalisierung der antikapitalistischen Proteste wie zuletzt in Göteborg und Genua muss entschlossen entgegengetreten werden. Der staatlichen Aufrüstung muss Einhalt geboten werden.

Wie können DemonstrantInnen vor Repressalien geschützt werden? Hier tritt die SAV für demokratische Diskussionen und Entscheidungsfindungen im Vorfeld aller an Demonstrationen beteiligter Gruppen und Organisationen ein, für einen Ordnerdienst und andere Schutzmaßnahmen, für Mobilisierungen im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich.

4.2. Die Marktwirtschaft hat abgewirtschaftet

Deutschland ist ein reiches Land. Aber 20 Prozent müssen von 1.672 Mark oder weniger im Monat leben (Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung aus dem Jahr 2001). 2,8 Millionen Haushalte sind in einem Maß überschuldet, dass sie völlig zahlungsunfähig sind.

Weltweit sind drei Milliarden Menschen gezwungen, von weniger als 2 US-Dollar am Tag zu leben.

Noch nie waren so viele Menschen ohne einen festen Arbeitsplatz. Rund eine Milliarde ArbeiterInnen sind arbeitslos oder unzureichend beschäftigt, davon allein 34 Millionen

in den OECD-Staaten.

In Deutschland wandert inzwischen jede vierte Mark, die für Lebensmittel ausgegeben wird, in die Kassen des Aldi-Imperiums. Die Aldi-Brüder, Karl und Theo Albrecht, sind mit einem Vermögen von 41 Milliarden Mark die reichsten Männer der BRD.

Bill Gates gilt als einer der reichsten Männer auf diesem Planeten. Würde Gates jeden Tag 1 Million Mark ausgeben, bräuchte er 400 Jahre, um sein Vermögen loszuwerden.

Hinter den Reichen und Superreichen steht die Macht der Banken und Konzerne.

Von den hundert größten Wirtschaftseinheiten der Welt sind 51 Firmen und 49 Länder.

Der Jahresumsatz von Exxon Mobil entspricht dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Schweden. Der Umsatz von DaimlerChrysler entspricht dem BIP von Indonesien, einem Land von mehr als 200 Millionen Menschen.

Im Kapitalismus geht es nur um Profit. Produziert wird nicht, was gebraucht wird, sondern was den Mächtigen Profit bringt. Mächtig ist, wer das Geld, das Kapital hat, wer die Banken, die Konzerne, die Fabriken besitzt.

Wenn die Arbeit eines Arbeiters keinen Profit mehr abwirft, dann wird er entlassen.

Die Kapitalisten entscheiden, was und wie produziert wird. Und die Innen- und Außenpolitik richtet sich nach ihren Interessen.

Alle vier Jahre ein Kreuz zu machen, ist nicht der Gipfelpunkt der Volksherrschaft. Dieses Gesellschaftssystem ist nicht demokratisch. Millionäre, Milliardäre und Manager, von niemandem gewählt, entscheiden über die Wirtschaft. Sie finanzieren Parteien und nehmen maßgeblichen Einfluss darauf, dass in ihrem Interesse Politik gemacht wird.

Der Kapitalismus ist ein chaotisches, krisenhaftes System. Krisen sind so alt wie der

Kapitalismus selbst. Solange ein erbitterter Konkurrenzkampf zwischen privaten Konzernen und Nationalstaaten tobt, solange werden Krisen ausbrechen.

Diese Krisen sind keine Krisen aus Mangel, sondern aus Überfluss. ArbeiterInnen werden auf die Straße gesetzt, Fabriken werden dichtgemacht, Nahrungsmittel werden vernichtet, weil "zuviel" produziert wird oder weil "zuviel" produziert werden könnte.

Während es große gesellschaftliche Bedürfnisse gibt, stehen Maschinen still, Werkshallen leer und die Chance auf einen festen Arbeitsplatz wird immer schlechter.

Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich selbst in den neunziger Jahren weiter geöffnet. Das war in einem Konjunkturaufschwung.

Heute befindet sich die Weltwirtschaft auf den Weg in eine tiefe Wirtschaftskrise. In den USA, der größten Volkswirtschaft auf dem Globus, wurden seit Jahresanfang 1 Million Arbeitsplätze abgebaut. Mit der Marktwirtschaft geht es bergab.

Wenn die Unternehmer sagen, der Konkurrenzkampf zwingt sie dazu, Arbeitsplätze zu vernichten, dann spricht das nicht für Arbeitsplatzvernichtung, sondern gegen das Konkurrenzsystem. Wenn das Privateigentum an Produktionsmitteln dazu führt, dass die Existenzgrundlage der Menschen (Arbeit und Umwelt) geraubt wird, dann muss das Privateigentum in Gemeineigentum überführt werden.

Wir fordern:

- ⇒ **Überführung der Banken, Konzerne und Versicherungen in Gemeineigentum**
- ⇒ **Demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung**

- ⇒ **Keine überbezahlten und korrupten Manager und Bürokraten in Wirtschaft und Verwaltung**
Demokratische Wahl aller Personen in Leitungsfunktionen
Für einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn
- ⇒ **Statt Produktion für den Profit – Produktion für die Bedürfnisse der Menschen**
Für eine demokratische Planwirtschaft

4.3. „Sozialismus ist Notwendigkeit geworden“ (Rosa Luxemburg)

Kapitalistische Krisen lassen sich beseitigen. Aber nur, wenn die Produktion demokratisch geplant wird. Planen lässt sich die Produktion aber nur von denen, die die Produktionsmittel kontrollieren. Effektiv kontrollieren lässt sich nur, was einem gehört. Sollen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen ein für alle mal der Vergangenheit angehören, dann müssen die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum übergehen.

Die SAV verbindet den Kampf um Reformen beziehungsweise gegen den weiteren sozialen Kahlschlag mit dem Kampf für eine grundlegend andere, sozialistische Gesellschaft.

Unserer Meinung nach ist in der DDR nicht der Sozialismus, sondern der Stalinismus gescheitert. Der DDR-Stalinismus musste scheitern. Denn eine geplante Wirtschaft braucht Demokratie. Eine geplante Wirtschaft kann nur funktionieren, wenn Entscheidungen demokratisch getroffen und kontrolliert werden. Anders kann eine planmäßige Produktion nach den Bedürfnissen der Men-

schen nicht verwirklicht werden. Im SED-Regime herrschte dagegen die Diktatur einer abgehobenen, privilegierten Bürokratie.

In einer sozialistischen Demokratie würden die in Gemeineigentum überführten Betriebe von jederzeit abwählbaren VertreterInnen der arbeitenden Bevölkerung kontrolliert und verwaltet werden. Wenn die industriellen Kapazitäten, die natürlichen Ressourcen und Arbeitskräfte vernünftig genutzt würden, müsste kein Mensch arbeits- oder obdachlos sein und mit dem Raubbau an der Natur könnte ein für alle mal Schluss gemacht werden. Es würde nicht mehr gefragt: "Was bringt Profit?", sondern: "Was brauchen wir?" "Was ist sinnvoll?" Wenn Wohnungen fehlen, werden Wohnungen gebaut.

Im Sozialismus gibt es keine Lobby der Atommafia, der Autoindustrie oder der Rüstungskonzerne.

Oft bekommen wir zu hören: „Eure Ideen klingen ja gut, aber ist der Mensch nicht zu schlecht für den Sozialismus?“ Es stimmt, dass heute viele Menschen egoistisch sind. Doch die heutige Konkurrenzwirtschaft fördert Egoismus und Ellenbogendenken. Der Mensch hat aber verschiedene Eigenschaften. Er kann auch solidarisch sein. Solidarität war ein Grundgedanke beim Aufbau der Arbeiterbewegung. In einer Gesellschaft, in der der mörderische Wettbewerb aufgehoben ist, in der Armut und Arbeitslosigkeit beseitigt sind, wird eine harmonische, solidarische Welt möglich sein.

„Es besteht kein Grund zu glauben, dass die Gier nach mehr Reichtum ein permanentes menschliches Merkmal ist. Wenn eine Ware nicht knapp ist, versucht niemand, sich mehr anzueignen, als ihm zusteht. Der Millionär und der Bettler begnügen sich beide mit genauso viel Luft, wie sie atmen können“

(George Orwell, britischer Sozialist, 1944).

Stell dir vor...

Siemens und alle anderen Großkonzerne sind enteignet. An der Spitze stehen demokratisch gewählte Vertretungen der Belegschaften. In Berlin ist kein Mensch mehr arbeitslos. Die Arbeit würde auf alle aufgeteilt. Die Pläne für den Großflughafen Schönefeld könnten gestoppt werden. Ein Museum wird eröffnet, das an die Pläne erinnert: Das Museum für Standortpolitik und Größenwahn.

Frauen brauchen keine Angst mehr zu haben, am Ostkreuz umzusteigen. In der Spree kann man wieder baden und prächtige Fische angeln. Das Hotel Adlon ist ein StudentInnenwohnheim. Die Galerie Lafayette ist eine Kindertagesstätte. Nach Marzahn trauen sich keine Nazis mehr rein, falls es noch welche geben sollte. Jede Straße hat ihren Jugendclub. In jeder Schule gibt es kostenlose Verhütungsmittel. Die BZ ist pleite.

Göteborg, Genua... Brüssel!

Die nächste Station der antikapitalistischen Bewegung wird eine Demonstration gegen den nächsten EU-Gipfel in Brüssel am 14. Dezember 2001 sein. Die Sozialistische Alternative (SAV) und viele Gruppen von Widerstand International (WI) haben schon beschlossen, eine Kampagne zur Mobilisierung nach Brüssel durchzuführen. Flugblätter und Plakate zur Mobilisierung werden ab September erhältlich sein.

Zeigen wir den Reichen und Mächtigen, dass sie uns nicht einschüchtern und nicht stoppen können!

Auf nach Brüssel!

Infos: 030-24723802

Anja Zander, SAV-Kandidatin zur BVV Pankow und Kandidatin der DL/offene Liste zum Abgeordnetenhaus

„Blühende Landschaften haben Politiker den Menschen in Ostdeutschland vor mehr als zehn Jahren versprochen. In Berlin wird heute auf drastische Art deutlich, was uns die Wiedereinführung des Kapitalismus gebracht hat: Kaum noch Industrie, Massenarbeitslosigkeit und korrupte Politiker, die uns genauso selbstherrlich regieren wie früher die SED-Bürokraten. Damit muss Schluss sein! Die SAV tritt ein für eine demokratische, sozialistische Gesellschaft, in der die Wirtschaft von der arbeitenden Bevölkerung selbst demokratisch kontrolliert, verwaltet und geplant wird.“



Alexandra Arnsburg, Jugendvertreterin bei der Telekom* SAV-Kandidatin zur BVV Pankow und Kandidatin der DL/offene Liste zum Abgeordnetenhaus

„Alle etablierten Parteien stehen für Privatisierung und Stellenabbau im Öffentlichen Dienst. Das wird die ohnehin schon hohe Arbeitslosigkeit weiter erhöhen, den Arbeitsdruck auf die KollegInnen in den Verwaltungen, Krankenhäusern und Betrieben verstärken und die öffentlichen Dienstleistungen verschlechtern. Es ist Aufgabe der Gewerkschaft ver.di gegen diese unsoziale Politik zu mobilisieren, anstatt wie bisher Personalabbau und Privatisierungen mitzutragen. ver.di und die anderen Gewerkschaften sollten noch vor der Wahl eine Großdemonstration gegen Sozialkürzungen, Privatisierung und Stellenabbau gemeinsam mit allen Betroffenen organisieren.“



(*dient nur der Kenntlichmachung der Person)

Leonie Redler, SAV-Kandidatin zur BVV Pankow und Kandidatin der DL/offene Liste zum Abgeordnetenhaus

„Unter dem Schlagwort der Globalisierung findet weltweit der Ausverkauf öffentlichen Eigentums, die Zerstörung der Sozial- und Bildungssysteme und der Umwelt statt. Gegen diese Politik des Neoliberalismus hat sich eine internationale Protestbewegung formiert. Ob in Seattle, Göteborg oder Genua, bei jedem Gipfel der Herrschenden demonstrieren Tausende. Die unsoziale Politik der etablierten Parteien hier in Berlin ist genau dieselbe wie weltweit. Wir wollen dieser Politik – sowohl global als auch lokal – entgegenreten. Eine andere Welt ist möglich – wenn wir sie gemeinsam erkämpfen!“



Deine Stimme gegen Korruption, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rassismus!



Für eine Sozialistische Alternative!

**Informieren & aktiv werden
unter 030/440 84 29
e-mail: berlin@sav-online.de**